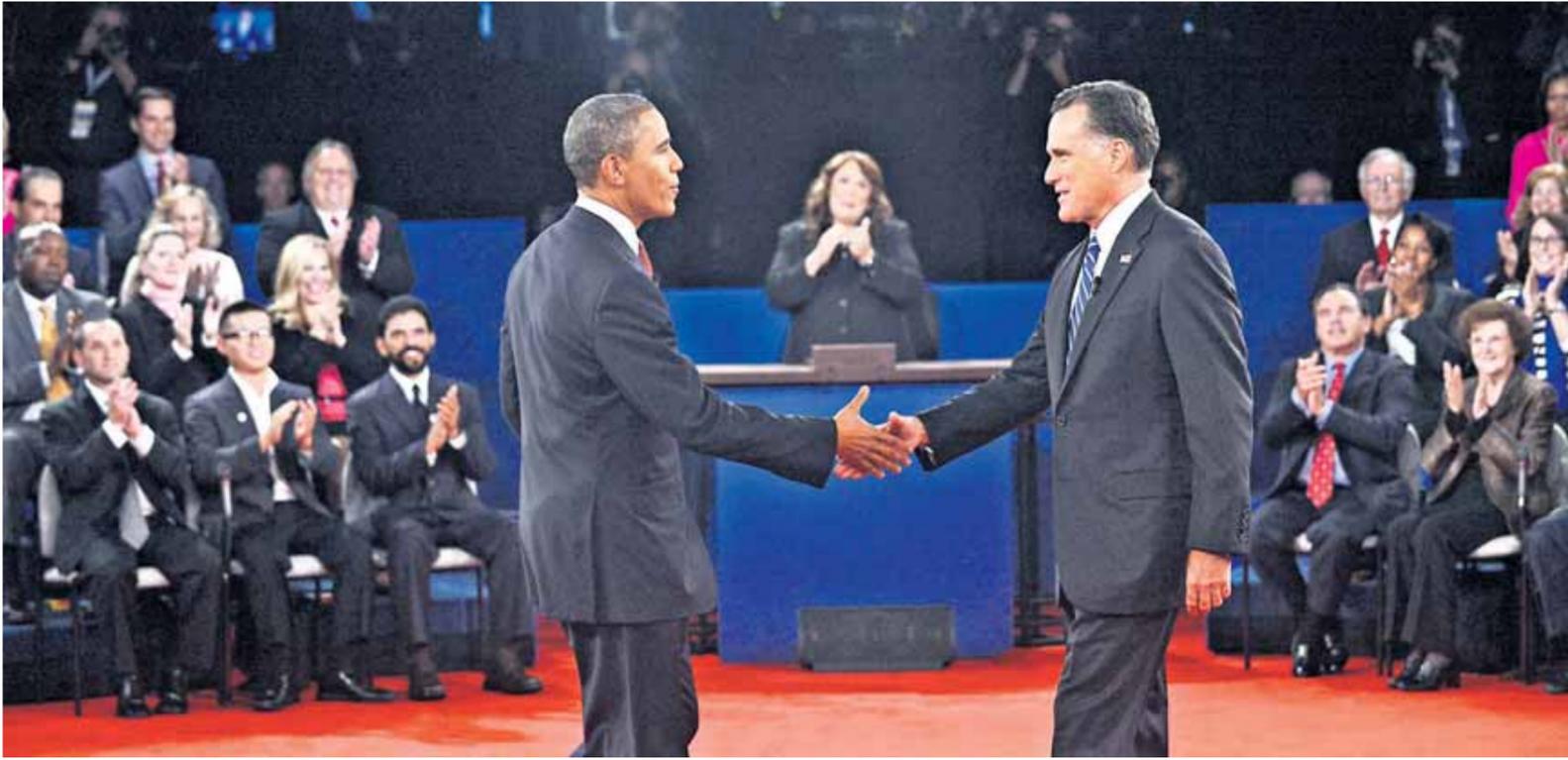


Obama schlägt zurück Diesmal zeigte sich der Präsident kämpferisch, am Ende feierte er den dringend benötigten Sieg. Anders als im ersten TV-Duell drang Barack Obama am Dienstag durch mit seiner Botschaft: Mitt Romney verfolge eine Politik nur für Reiche. Drei Wochen vor der Wahl hat Obama zumindest den Trend pro Romney gestoppt. Am 22. Oktober treffen sie noch einmal aufeinander



Zunächst scherten sich Barack Obama (links) und Mitt Romney wenig um die Moderatorin, doch dann übernahm Candy Crowley (im Hintergrund zwischen den beiden) die Regie.

FOTO: MICHAEL REYNOLDS/AP

„Mr. President, wir sind fertig“

Wie Candy Crowley, die beherzte Moderatorin, die Regie übernimmt

Es ist nur ein kurzer Satz, der ihr auf ewig den Zorn der Republikaner einbringen wird (zumindest für den Rest dieses Wahlkampfes) – und wiederum den Jubel der Demokraten. Es ist der Moment, als Candy Crowley, die Moderatorin des zweiten, denkwürdigen Schlagabtauschs der beiden Kandidaten in diesem Präsidentschaftsrennen, den republikanischen Herausforderer Mitt Romney korrigiert. Auf offener Bühne, vor laufender Kamera.

Romney hat gerade das Argument vorbereitet, mit dem er in den vergangenen Tagen auch auf außenpolitischem Feld Punkte gutmachte. Da lag Barack Obama lange weit vorn. Doch hat sein Ruf gelitten nach dem Anschlag auf das US-Konsulat in Bengasi, dem der Botschafter in Libyen im September zum Opfer gefallen war. Und so sagte Romney nun, dass der Präsident beschwichtigt und beschönigt habe und geschlagene zwei Wochen gebraucht habe, ehe er die Attacke als das bezeichnete, was sie war: als einen „Terrorakt“. Obama protestierte. Und Crowley sprang ihm bei. Schon am Tag danach habe Obama von Terror gesprochen. „Hat er tatsächlich, Sir“, sagte sie an Romney gewandt.

Das war ihr Moment. Bis dahin hatten die beiden Kampfhähne sich wenig geschert um die Moderatorin. Doch in dem Augenblick übernahm sie die Regie. Was übrigens auch Obama spüren sollte, als er gegen Ende der Debatte seinen Wortschwalm nicht unterbrechen wollte. „Mr. President“, sagte sie nur, „wir sind fertig.“

Die 63 Jahre alte Crowley, seit einem Vierteljahrhundert Reporterin bei dem Kabelsender CNN, ist schon lange eine feste Größe in der Washingtoner Medienszene. Eine stille Größe. Denn die Frau, die täglich zweimal 20 Minuten meditiert, liebt es ganz und gar nicht, sich zu produzieren wie so viele ihrer Kollegen. Lauter zu brüllen als die anderen, Leuten das Wort abzuschneiden, das ist nicht ihr Ding.

Sie lässt niemandem etwas durchgehen, was offenkundig falsch ist

In ihrer Sonntagmorgen-Talkshow „State of the Union“ auf CNN geht es für gewöhnlich ruhig zu; ihre Gäste können auch einmal ein Argument vorbringen, das sich nicht in einen Zehn-Sekunden-O-Ton pressen lässt. (Was sich nicht vorteilhaft auf die Quote ihrer Sendung auswirkt). Doch lässt sie ihnen nicht durchgehen, was offenkundig falsch ist. Und sie ist genau vorbereitet. Das musste Harry Reid einst erleben, der Vormann der Demokraten im Senat, als er die Verantwortung für den Ansehensverlust des US-Kongresses allein den Republikanern in die Schuhe schieben wollte. Ihre simple Frage „Und die Demokraten tragen nichts dazu bei?“ ließ den alten Politrountier heftig ins Schleudern geraten.

Genau wie sie Mitt Romney aus dem Konzept brachte mit ihrem Verweis auf die Fakten. Doch auch der war ziemlich nuanciert: Denn sie bescheinigte Romney zugleich, dass er mit seiner Kritik nicht ganz daneben gelegen habe und dass die US-Regierung vierzehn Tage gebraucht habe, ehe sie von einem *gezielten* Terroranschlag sprach. „Da haben Sie recht.“ Das allerdings ging unter im allgemeinen Geraune über ihren Ruffel für Romney.

Crowley wird die Aufregung um ihre Person nicht so recht behagen. „Wissen Sie“, hatte sie vor Jahren einmal in einem Interview mit einem Mediendienst gesagt, „ich wollte nie herausragen oder mir einen Namen machen.“ Das dürfte ihr nun gründlich misslungen sein. REYMER KLÜVER

Das Echo der Duellanten

Zu Besuch in zwei amerikanischen Welten: Romney sei ein Handlanger der Millionäre, sagt Obama – und die schwarzen Jugendlichen jubeln vor dem Fernseher. Im Hinterzimmer der Tea Party beschimpft man den Präsidenten als Clown, doch auch hier gilt Romney als Verlierer

VON NICOLAS RICHTER
UND CHRISTIAN WERNICKE

Mehr kann man sich für einen sportlichen Abend nicht wünschen: Es gibt drei Oktoberfestiere vom Fass und den „Cowboy Burger“ für 10,49, Dollar natürlich. Fairfax, nördliches Virginia, eine halbe Autostunde von der Hauptstadt entfernt – die Tea-Party-Republikaner haben zur Debatteparty geladen. Im Hinterzimmer der „Greene Turtle Sportsbar“ hängen neben zwei Deckenventilatoren auch sieben Flachbildschirme, mehr hätte die Wandfläche nicht hergegeben. Und es läuft, anders als im übrigen Teil der Bar, nicht Football oder Baseball, sondern der republikanische Haussender Fox News.

Es sind nicht nur die Anhänger der rechtspopulistischen Tea Party da, auch die schwarze Beamtin Kemi, 35, die bisher zwar immer die Demokraten gewählt hat, inzwischen aber zweifelt, und der Student Ben, 26, der zwar Mitt Romney wählen wird, aber von sich sagt, dass er sehr unabhängig sei, was er schon dadurch zeigt, dass er Rotwein bestellt.

Als das TV-Duell losgeht, sind auch die Zuschauer noch nervös. Barack Obama, der Präsident, und Mitt Romney, sein Herausforderer, wirken hölzern, als sie ihre ersten, eifrig einstudierten Sprüche ausprobieren. Der Republikaner verspricht einem Studenten aus dem Debattepublikum gerade, dass der in zwei Jahren unter einem Präsidenten Romney natürlich einen Job haben werde („Du kannst drauf wetten“). Ben, der Student in der Bar, schüttelt den Kopf und blickt sich Hilfe suchend um – nein, das wirkt hier in der Sportsbar zu anbiedernd, lieber Kandidat.

Zehn Kilometer weiter östlich, bei den Studenten der Howard University in Washington DC, kann der Republikaner eh nicht punkten. Das Publikum im abgedunkelten Blackburn Auditorium ist durchweg schwarz, geladen hat die Jugendorganisation „Impact“, die junge Amerikaner ermuntert, sich einzumischen in die große Politik. Im Nebenraum stapeln sich Flugblätter, die gegen die Ausbeutung afroamerikanischer Häftlinge in einem Knast in North Carolina protestieren, auf drei großen Papptellern liegen belegte Brötchen in drei Vari-

AMERIKA WÄHLT



anten bereit: vegetarisch, mit Thunfisch oder mit Roastbeef. Zu trinken gibt es Saft.

Nicht nur deshalb ist die Stimmung nüchtern, den durchweg demokratisch gesinnten Studenten sitzt noch immer der Schock der ersten TV-Debatte in den Gliedern. „Obama wirkte da völlig abwesend“, sagt Johnny Travett, der 22-jährige Student, der nächste Woche sein Examen in Finanzwirtschaft vor sich hat. „Das muss der Präsident diesmal besser hinkriegen. Sonst fällt er durch.“ Johnny sitzt hinten in der achten Reihe auf einem Klappsessel, auf den Knien hat er seinen Computer. Er will nebenher mitlesen, wie im Netz die Blogger das Duell

bewerten. Er grinst: „Und falls es hier zu laut wird, setze ich die Kopfhörer auf und hör's mir im Live-Stream an.“

Aber es bleibt ruhig im Hörsaal, angespannt starren die Studenten auf die Leinwand. Zehn Minuten dauert es, bis sich das Publikum regt. Da setzt Barack Obama zum ersten Angriff an. Sein Gegner, so giftet der Präsident, habe in Wahrheit keinen Fünf-Punkte-Plan. „Er hat einen Ein-Punkte-Plan, und mit diesem Plan will er sicherstellen, dass die Typen ganz oben ihr Spiel nach Sonderregeln spielen dürfen.“ Das kommt an, erlöste Gelächter belohnt die Attacke. Johnny ist erleichtert: „Gott sei Dank, heute ist er forsch.“

Bei der Tea Party in der Greene Turtle Bar klingt das Echo natürlich anders. Als Obama seine Polemik über Romneys angeblichen Ein-Punkt-Plan anstimmt, ahnen sie, was folgen wird. Gerade legt der Präsident eine Kunstpause ein, lang genug, dass mehrere Rechte am Tresen dazwischenrufen können: „Millionäre!“ Und tatsächlich sagt Obama, dass Romney nur dem obersten einen Prozent der Gesellschaft helfen wolle, worauf sich die Spannung in schreiendem Gelächter entlädt.

Zwei Orte, zwei Welten. Beide Lager fiebern mit ihrem jeweiligen Favoriten; wenn der Gegner spricht, schalten sie ab. Im Hörsaal der Uni tippt Capri Nugent, eine junge Frau mit Designerbrille und strengem Knoten im Haar, eifrig E-Mails in ihr Smartphone, derweil Mitt Romney Obamas Schuldenwirtschaft anprangert. Romneys bissigen Satz, eine Wiederwahl des Demokraten würde Amerika „auf die Straße in Richtung Griechenland“ driften lassen, überhört sie schlicht. Und doch spürt die linke Literaturwissenschaftlerin, die gerade ihren ersten Job als Mitarbeiterin im Vorzimmer eines

Demokraten im Kongress ergattert hat, dass nicht alles glattläuft für ihr Idol. Als Romney Obamas Bilanz zerpfückt und Arbeitslosigkeit und Armut im Land beklagt, legt sie ihre geballte Faust unters Kinn. Ängstlich starrt Nugent auf die Leinwand, dann die Erlösung: Obama kontert und fordert, zum Schuldenabbau und „für die Ausgewogenheit“ sollten auch Amerikas Reiche beisteuern – „und ein bisschen mehr“ Tribut zollen.

Das Argument zeigt auch andernorts Wirkung: In der Bar der Tea Party wird es still im Raum. Bei aller Abneigung gegen höhere Steuern scheint es so zu sein, als kämen auch stramm Konservative ins Grübeln. Es sind ja nicht die Millionäre, die hier in der Kneipe sitzen.

In der ersten Debattehälfte versucht Romney die Führungsrolle zu übernehmen – und gleich noch die des Moderators dazu. „Sie sind gleich wieder dran, jetzt rede ich“, sagt er einmal zu Obama, und Einzelner wie diese wirken auf das Publikum in der Greene Turtle Bar wie Tore beim Fußball. „Der Präsident hält gute Reden, aber man muss auch mal seine Bilanz sehen“. Torjubel. Applaus. Schreie. Manchmal aber auch Staunen. An seinem ersten Tag im Amt werde er China wegen Währungsschwundel an den Pranger stellen, sagt Romney forsch. Ben, der Student, kichert ungläubig. Der Mitt, der traut sich was.

Die Abneigung gegen Obama äußert sich nicht nur in empörtem Gejaule oder in Zischschreien. Einer der Zuschauer redet die ganze Zeit vor sich hin. „Halt die Klappe“, murmelt er, wenn der Präsident redet. „Was für ein Clown“, zischt er, als Obama zu Romney sagt, das einzig Spezifische an dessen Sparplänen sei Big Bird von der Sesamstraße.

AUSSENANSICHT

Verlustangst

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefährdet das Monopol großer Konzerne. Die Bürger aber profitieren vom Systemwechsel. Von Stefan Schurig

renzung wichtig, denn sonst verfestigt sich der Eindruck, die erneuerbaren Energien seien zu teuer.

Zudem sollte ein weiterer Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Die konventionelle Energieversorgung aus Kohle, Gas und Atomkraftwerken belastet die Umwelt, ist abhängig von Energie-Importen aus anderen Ländern und hat den Raubbau an Gemeingütern wie dem fein ausbalancierten Weltklimasystem quasi zur Geschäftsgrundlage. Es ist augenscheinlich, dass man von einer falschen Risiko-Hierarchie ausgeht, wenn man die Transformation des Energiesektors für verschiebbar oder sogar obsolet hält.

Was begründet also die massiven Widerstände gegen das EEG? Die Antwort lautet: Bei der Energiewende geht es um den Konflikt zweier nur schwer miteinander zu vereinbarenden Systeme: Eine dezentrale und vor allem von den Bürgern getragene Energieerzeugung und Verteilung auf der einen Seite, und auf der anderen Seite eine Energieerzeugung, die vor allem das Geschäftsmodell der zentralen, großen Energiekon-

zerne bedient. Man kann dies grob anhand dreier Spannungsfelder belegen.

Erstens: Das alte Energieversorgungssystem basiert zum Großteil auf dem Einsatz der Rohstoffe Kohle, Öl, Erdgas und Uran. Ihr liegt eine punktuelle, vertikale Erschließung der Energieerzeuger zugrunde. Dies begünstigt vor allem das Geschäftsmodell von Großunternehmen. Die Erschließung der erneuerbaren Energien geschieht hingegen in erster Linie flächig,

Wenn viele Verbraucher auch Stromerzeuger sind, werden Baumaßnahmen eher akzeptiert

was eher das Geschäftsmodell von kleinen Einheiten, also Stadtwerken, Genossenschaften und Privatpersonen erfordert. Dies hat zwangsläufig eine Neuordnung des Stromerzeugungs- und Verteilungssystems zur Folge. Es spricht für sich, dass mehr als 90 Prozent der erneuerbaren Energien in Deutschland durch diese kleinen Einheiten erzeugt werden.

Zweitens: Bei dem konventionellen Energieversorgungssystem sind Erzeuger und Verbraucher vollständig getrennt. Bei einem System, das auf erneuerbare Energien baut, sind Tausende Verbraucher zugleich auch anteilig Strom- und Wärmeproduzenten, oder Verpächter von Ackerflächen zum Bau von Windparks. Dies bewirkt eine gesellschaftliche Teilhabe an der Gewinnerschöpfung der Energieproduktion sowie eine Entanonymisierung der Energiefrage in der Gesellschaft. Durch die Beteiligung der Verbraucher an den Gewinnen der Energieerzeugung steigt nicht nur die Akzeptanz von notwendigen Infrastrukturmaßnahmen. Es entsteht eine neue bürgerliche Energieautonomie, die sich positiv auf Energieeinsparung und Energieeffizienz auswirken wird. Es ist offensichtlich, dass durch den Verlust des Versorgungsmonopols der Einfluss der etablierten Energiekonzerne schwindet, solange sich ihr Geschäftsmodell nicht den neuen Ausgangsbedingungen anpasst.

Drittens: Bei dem konventionellen Energieversorgungssystem fallen grundsätz-

lich mindestens drei Kostenblöcke an: Brennstoff (Exploration, Förderung, Verarbeitung, Vertrieb), Energieumwandlung (Kraftwerk, Netz, Vertrieb) sowie Kosten der Gemeingüter (Emissionshandel, CO₂-Steuern, Renaturierung). Die Kosten aller drei Bereiche werden an den Verbraucher weitergegeben. Bei erneuerbaren Energien fallen zwei der drei Kostenblöcke schlicht weg. Keine Brennstoffkosten, keine Umwelt- und Klimaschäden. Für den Endverbraucher bringt dies erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Für die etablierten Energiekonzerne bedeutet dies vor allem Umsatzverluste. Es darf vermutet werden, dass dies einer der Hauptgründe für ihre Ablehnung des EEG darstellt.

Natürlich stellt sich die Frage, ob das alte Geschäftsmodell des Versorgungsmonopols nicht auch mit erneuerbaren Energien zu machen wäre, zum Beispiel durch den Bau von zentralen Offshore-Windparks, Solaranlagen in der Wüste oder – wie in Brasilien oder China – durch hochkontroverse Staudammprojekte. Sicher darf man darüber nachdenken, aber warum eigentlich? Um die Unternehmen nicht zum Umdenken zu bewegen? Neue Stromnetze und Speichertechnologien bräuchten ein solches Szenario ja genauso wie ein mehrheitlich dezentral ausgerichtetes System.

Eine von den Bürgern getragene Energiewende hätte hingegen gleich mehrere Vorteile: Es entstehen neue Arbeitsplätze im eigenen Land, und Gemeinden können

mit höheren Einnahmen rechnen. Man könnte an dieser Stelle zu Recht sogar das hohe Lied des Demokratie-Mehrwertes singen. Aber angesichts der bereits angesprochenen existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel muss uns eines am meisten interessieren: Was ist der schnellste Weg zu einer umweltfreundlichen Vollversorgung mit Energie? Es ist naheliegend, dass in einer demokratischen Gesellschaft der schnellste Weg über die Partizipation geht.

Die Energiewende bedeutet das Ende des Versorgungsmonopols der Energiekonzerne. Sie haben die Wahl, ihr Geschäftsmodell anzupassen, oder sie haben mittelfristig keine Zukunft. Ein modernes Energiemarkt-Konzept muss die dezentralen Strukturen und die Stadtwerke stärken und sich endgültig abenden von Lösungen, die offenkundig das Geschäftsmodell der großen Energieunternehmen lediglich schonen sollen.



Stefan Schurig, 41, ist Klima- und Energieexperte des internationalen Think Tanks World Future Council (WFC), vorher war er Sprecher von Greenpeace und leitete dort das Energiereport. FOTO: OH